

ALLGEMEINES

Datenbank DZI-SoLit jetzt mit digitalem Thesaurus. Das DZI gibt seit mehr als vier Jahrzehnten die Literaturdatenbank DZI-SoLit heraus, die einzige sozialarbeitswissenschaftliche Literaturdatenbank im deutschsprachigen Raum. Beiträge aus über 150 relevanten praxisorientierten Fachzeitschriften sowie wissenschaftlichen Journals der Sozialen Arbeit und ihrer Bezugsdisziplinen werden hier dokumentiert. Dieser Dokumentationsprozess beinhaltet insbesondere eine Verschlagwortung der Beiträge mit Deskriptoren, also Wörtern, die den Textinhalt erschließen. Diese Deskriptoren sind nicht willkürlich gewählt, sondern Teil des sozialarbeitswissenschaftlichen DZI-Thesaurus. Dabei handelt es sich um ein Netz von rund 3.500 Wörtern, insbesondere von Fachbegriffen aus der Sozialen Arbeit, die systematisch und hierarchisch miteinander verknüpft sind. Diese festgelegten Begriffsrelationen unterstützen die Literaturrecherche, da sie beispielsweise Hinweise auf verwandte Suchbegriffe geben. Seit August 2020 ist der DZI-Thesaurus nun auch digital über wiso-net zugänglich und kann für die Literaturrecherche in der DZI-SoLit genutzt werden. Die Pressemitteilung des DZI ist unter <https://www.dzi.de/dzi-institut/ueber-uns/presse/presse-detailansicht/?17194>, die von GBI-Genios unter <https://www.genios.de/info/pressemeldungen/20200812> zu finden. Kontakt: brielmaier@dzi.de; lehmann@dzi.de

IFSW-Themen der globalen Agenda für Soziale Arbeit 2020 bis 2030. Auf ihrer Online-Weltkonferenz 2020 hat die Internationale Vereinigung der Sozialarbeiter*innen (IFSW) ihre Themen für die globale Agenda 2020 bis 2030 bekannt gegeben. Diese beinhalten die Wertschätzung der Sozialen Arbeit als wesentliche Dienstleistung, die Schaffung respektvoller Arbeitsbedingungen und die Mitgestaltung einer integrativen sozialen Transformation. Beispielsweise bedarf es mehr interpersonaler und interinstitutioneller Kooperation, einer Entkolonialisierung der Profession und einer Förderung der Klimagerechtigkeit, der Geschlechtergleichstellung und der partizipativen Demokratie. Darüber hinaus seien Maßnahmen zu Bekämpfung von Rassismus und einer Umgestaltung der Sozialschutzsysteme zur Sicherung der Menschenwürde und der Menschenrechte aller Völker nötig. Näheres auf der Internetseite www.ifsw.org (Latest News). Quelle: IFSW News vom 24.7.2020

Positionspapier der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) zur Gemeinnützigkeit. Mit dem Positionspapier „Gemeinnützig & innovativ in die Zukunft“ beziehen die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege erstmals Stellung zu Fragen in Bezug auf soziale Innovationen, Entrepreneurship und Verantwortungseigentum. Angesprochen werden zunächst Unterschiede zwischen der Freien Wohlfahrtspflege und dem gewinnorientierten Unternehmertum,

die nach Auffassung der BAGFW bei politischen Maßnahmen zur Förderung sozialer Innovationen berücksichtigt werden sollten. So müssten sich soziale Innovationen daran messen lassen, ob sie einen Beitrag zur Überwindung bestehender Defizite unter Beteiligung der betroffenen Menschen leisteten. Gemeinnützige Organisationen müssten bei der Gestaltung des Sozialen Vorrang haben. Die zu beobachtende Ökonomisierung und Privatisierung im sozialen Bereich seien dabei problematisch. Eine neue Rechtsform für Verantwortungseigentum sei nicht notwendig, sondern stelle ein Risiko für die Grundlage der Daseinsvorsorge dar. Das Positionspapier gibt es unter <http://www.der-paritaetische.de/fachinfo/bagfw-positionspapier-gemeinnuetzig-innovativ-in-die-zukunft/>. Quelle: Mitteilung des Paritätischen Gesamtverbandes e.V. vom 1.7.2020

Mitgliederbefragung des DBH zum Umgang mit der Corona-Pandemie. Der DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik führte eine Online-Umfrage zum Umgang mit den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie durch, an der insgesamt 20 Mitgliedsverbände und -vereine teilgenommen haben. Wie sich zeigte sind die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Angebote der befragten Einrichtungen für die jeweiligen Adressat*innen innerhalb und außerhalb des Justizvollzugs am deutlichsten spürbar. So konnten Sprechzeiten mehrheitlich nur nach terminlicher Vereinbarung und telefonisch wahrgenommen werden. Angebote und Dienstleistungen wie etwa die ambulante Betreuung in Wohnheimen wurden ausgesetzt oder eingeschränkt. Dabei wurden auch alternative Strategien der Unterstützung benannt, wie etwa die vermehrte Nutzung von Videotelefonie oder die Entwicklung von Podcasts. Um die Situation besser bewältigen zu können, wünschten die Einrichtungen sich finanzielle Zuwendungen und technische Hilfe in Bezug auf die nötigen Digitalisierungsprozesse. Darüber hinaus benötigten sie inhaltlich-konzeptionelle Unterstützung wie etwa durch die Schaffung neuer längerfristiger Beschäftigungsmöglichkeiten für die Adressat*innen als Kompensation für die Einschränkungen oder Aussetzungen bei den Sozialstunden und bei der gemeinnützigen Arbeit. Information: https://www.dbh-online.de/sites/default/files/2020-05-28_mitgliederumfrage-covid-19-pandemie-final1.pdf

Studie zur sexualisierten Gewalt. Aktuell realisiert der Lehr- und Forschungsbereich „Angewandte Sexualwissenschaft“ der Hochschule Merseburg die Studie „PARTNER 5“. In dieser quantitative Online-Erhebung werden Personen ab 18 Jahren zu ihrer familialen und sexuellen Sozialisation sowie zu ihren Erfahrungen mit Grenzverletzungen oder Übergriffen wie beispielsweise Partnerschaftsgewalt, sexueller Belästigung und sexualisierter Gewalt befragt. Die Studie zielt darauf ab, sexualisierte Gewalt hinsichtlich ihres Zustandekommens, ihrer Prävention, ihrer Prognostizierbarkeit, ihrer Überwindung

und des Unterstützungsbedarfs der Betroffenen auf profunde Weise zu analysieren. Die Ergebnisse sollen dazu beitragen, die Angebotsstrukturen der sexuellen Bildung, der Fachberatung, der Opferambulanzen und der Zufluchtsstätten sowie die (Weiter-)Qualifizierung von Fachkräften relevanter Professionen bundesweit zu verbessern. Eine Teilnahme ist bis einschließlich 30. September unter www.ifas-home.de/partner-5-studie möglich. Quelle: Mitteilung der Hochschule Merseburg vom 9.7.2020

SOZIALES

Analyse zur Kinderarmut. Laut einer aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung gab es im bundesweiten Durchschnitt in den letzten Jahren keine grundlegende Verbesserung in Bezug auf das Problem der Kinderarmut. Insgesamt lebten 21,3 % beziehungsweise 2,8 Mio. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Armutgefährdung und/oder im SGB-II-Leistungsbezug. Beobachten ließen sich jedoch starke regionale Unterschiede. So habe sich in Ostdeutschland die Quote von Kindern im Grundsicherungsbezug von 22,1 % im Jahr 2014 auf 16,9 % im Jahr 2019 verringert, während in Westdeutschland die SGB-II-Quote von Kindern bei 13 % stagnierte. Verschlimmert werde die Situation durch die aktuelle Corona-Krise, denn die Eltern der benachteiligten Kinder und Jugendlichen arbeiteten häufiger in Teilzeit oder in Minijobs und gehörten deshalb zu derjenigen Gruppe, die als erste ihre Arbeit verliere oder ein vergleichsweise geringes oder gar kein Kurzarbeitergeld erhalten. Die Bertelsmann Stiftung empfiehlt die Einführung einer transparenten und teilhabesichernden finanziellen Leistung für Kinder und Jugendliche, welche Armut vermeide. Darüber hinaus sollten Kinder und Jugendliche konsequenter beteiligt werden, um zu gewährleisten, dass die Politik deren Wünsche und Bedarfe auch erfasse. Quelle: Pressemitteilung der Bertelsmann-Stiftung vom 22.7.2020

Deutscher Verein fordert Neubemessung der Stromkosten in der Sozialhilfe. In einer Stellungnahme zum Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministeriums zur Ermittlung der Regelbedarfe in der Grundsicherung und Sozialhilfe fordert der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge, die Stromkosten der betreffenden Haushalte nach einer neuen Methode realitätsgerechter zu erfassen. So sollten nicht die bundesweiten Durchschnittspreise, sondern der tatsächliche Stromverbrauch oder eine als angemessen festgelegte Höhe des Stromverbrauchs zugrunde gelegt werden. Die derzeitige Pauschale für Haushaltsstrom berücksichtige nicht, dass die Energiepreise regional stark variierten und Haushalte in der Grundsicherung überdurchschnittlich häufig in der gegenüber anderen Tarifen teureren Grundversorgung seien. Es müsse vermieden werden, dass die Haushalte in der Grundsicherung und Sozialhilfe gezwungen seien, einen Teil ihrer Stromkosten aus dem Gesamtregelbedarf

zu bestreiten. Da die Nutzung der für die soziale, bildungsbezogene und berufliche Teilhabe nötigen Technik nur mit elektrischer Energie möglich sei, gehöre eine sichere Finanzierung des Stromverbrauchs zur Abdeckung des kulturellen Existenzminimums. Nachzulesen unter <https://www.deutscher-verein.de/de/presse-2020-strom-kosten-der-hartz-iv-haushalte-neu-bemessen-3954,1961,1000.html>. Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. vom 31.7.2020

Telefonbefragung zu den sozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie. Um den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf sozial benachteiligte Menschen nachzugehen, führten die Mitarbeiter*innen des Bundesverbandes Sozialdienst muslimischer Frauen (SmF-Verband e.V.) im April dieses Jahres eine telefonische Befragung unter 451 ehrenamtlichen Pat*innen des Projekts „Patenschaft-Praxis-Qualifizierung“ durch, das vom Bundesfamilienministerium im Rahmen des Programms „Menschen stärken Menschen“ gefördert wird. Die Befragung betraf einerseits die Situation der Pat*innen selbst sowie andererseits ihrer Mentees, bei denen es sich um sozial benachteiligte Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte oder um Menschen mit Flucht erfahrung handelt. Neben einem Maßnahmenkatalog für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche im Homeschooling empfiehlt der SmF-Verband e.V. weitere unterstützende Schritte in Bezug etwa auf die Elternarbeit, die Frauenförderung oder den sozialen Wohnungsbau. Die Ergebnisse der Befragung finden sich unter https://smf-verband.de/wp-content/uploads/2020/07/Auswertung_Fragebogenaktion-Paten_SmF_20200716.pdf. Quelle: Pressemitteilung des SmF-Verbandes vom 31.7.2020

Online-Fachdiskussion zur Umsetzung des Bundes- teilhabegesetzes. Im Rahmen des Projekts „Umsetzungsbegleitung BTHG“ realisiert der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. zur Zeit eine Online-Fachdiskussion zum Verhältnis der Eingliederungshilfe zu anderen Sozialleistungssystemen und zu den dahingehenden Änderungen des Bundesteilhabegesetzes (BTHG). Im Einzelnen geht es um die Schnittstellen der Eingliederungshilfe zur gesetzlichen Pflegeversicherung, zur Hilfe zur Pflege, zur Renten- und Krankenversicherung, zur Kinder- und Jugendhilfe sowie zur Bundesagentur für Arbeit. Wer sich an dieser Fachdiskussion beteiligen möchte, kann unter www.umsetzungsbegleitung-bthg.de/beteiligen/fd-schnittstellen noch bis zum 2. November dieses Jahres eigene Fragen, Beiträge oder Praxisbeispiele einstellen. Begleitend zur Fachdiskussion finden digitale Fachveranstaltungen zur Schnittstelle zwischen Eingliederungshilfe, gesetzlicher Krankenversicherung (20.10.2020) und Deutschen Rentenversicherung (27.10.2020) statt. Mehr hierzu unter www.umsetzungsbegleitung-bthg.de/veranstaltungen. Quelle: Mitteilung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. vom 3.8.2020

GESUNDHEIT

DVSG sucht Mitwirkende für Mentoringprogramm.

Mit dem Ziel, den Austausch von Studierenden und Berufseinsteiger*innen mit berufserfahrenen Sozialarbeiter*innen zu stärken, möchte die Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e.V. (DVSG) ein bundesweites Netzwerk mit Fachkräften aus verschiedenen Praxisfeldern der gesundheitsbezogenen Sozialen Arbeit aufbauen, die regional einen Erfahrungsaustausch nach dem Konzept des Mentoring mit Studierenden und Berufseinsteiger*innen gestalten. Interessierte angehende und berufserfahrene Sozialarbeiter*innen können sich an denise.lehmann@dvsg.org wenden. Quelle: DVSG-Newsletter 3/2020 vom 3.8.2020

Dossier zur exzessiven Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen. In dem vor Kurzem erschienenen Dossier „Gaming Disorder und exzessive Mediennutzung“ informiert die Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V. (BAJ) über die neue Diagnose „Gaming Disorder“, die im Januar 2022 in die aktualisierte internationale Klassifikation der Krankheiten der Weltgesundheitsorganisation (ICD-11) aufgenommen werden soll. Im Einzelnen geht es in dem Dossier um die Computerspielstörung und um die exzessive Nutzung digitaler Medien im Kindes- und Jugendalter, die anhand aktueller Zahlen dokumentiert werden. Berücksichtigung finden insbesondere auch die Risiken der Mediennutzung, die sich daraus ergebenden Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe und präventive Ansätze wie die Frühintervention, die mediinpädagogische Elternbildung und -beratung sowie die Medienbildung in der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit. Darüber hinaus enthält die Handreichung Links zu Anlaufstellen und Hinweise zu relevanten Studien sowie zur themenbezogenen Fachliteratur. Zum Download geht es unter https://www.bag-jugendschutz.de/PDF/Dossier-2-2020_Gaming_Disorder_A4_web.pdf. Quelle: Presseinformation der BAJ vom 21.7.2020

JUGEND UND FAMILIE

SINUS-Jugendstudie 2020. Mit der interviewbasierten Sinus-Jugendstudie „Wie ticken Jugendliche?“ untersucht das Heidelberger Sinus-Institut seit dem Jahr 2008 in vierjährigen Abständen die Lebenswelten und die soziokulturelle Verfassung von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren. Im Mittelpunkt der im Juli diesen Jahres veröffentlichten vierten Jugendstudie stehen die Politik, der Sport, die Berufswahl, die für die Jugendgeneration wichtigen Themen und ihr Umgang mit der Ausnahmesituation der Corona-Pandemie. Wie die aktuelle Studie zeigt, kritisieren viele Teenager*innen eine fehlende Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen, eine mangelnde Mitbestimmung in der Schule und eine aus ihrer Sicht indifferente Haltung der Politik und Wirt-

schaft gegenüber der Klimaproblematik. In Bezug auf die Berufswünsche zeigte sich, dass abgesicherte Lebensverhältnisse und eine ausgewogene Work-Life-Balance in der Mehrheit der Lebenswelten als wichtiger erachtet würden als Status, Aufstieg und Erfolg. Die SINUS-Jugendstudie www.bpb.de/311857 kann bestellt beziehungsweise abgerufen werden. Quelle: www.sinus-institut.de

AGJ fordert Stärkung der Jugend unter Corona-Bedingungen. In ihrem Positionspapier „Jugend stärken – auch und gerade unter Corona-Bedingungen unerlässlich!“ ruft die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) Politik und Gesellschaft dazu auf, die Interessen und Bedarfe von Jugendlichen und jungen Erwachsenen vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie ernst zu nehmen. Die Gruppe der 12- bis 27-Jährigen müsse wieder stärker in die Gestaltung der sie betreffenden politischen Angelegenheiten, nach der corona bedingten Aussetzung von Beteiligungsverfahren, mit einbezogen werden. Mit Blick auf die Entwicklungsherausforderungen Verselbständigung und Selbstpositionierung sei ein Diskurs darüber nötig, wie Lebenswelten abseits von Arbeit, Qualifikation und Kernfamilie erreichbar blieben. Darüber hinaus empfiehlt die AGJ, die sich durch Corona noch verschärfenden sozialen Ungleichheiten zu kompensieren und insbesondere Care Leaver*innen, geflüchtete oder von einer Behinderung betroffene Jugendliche beim Übergang in die Selbständigkeit besser zu unterstützen. Quelle: Presseinformation der AGJ vom 16.7.2020

Offene Kinder- und Jugendarbeit in „geschlossenen Zeiten“. In einem gemeinsamen Positionspapier sensibilisieren Vertreter*innen der Hochschule München und der katholischen Stiftungshochschule München für die verstärkte Wahrnehmung der Bedürfnisse und Bedarfe der Kinder- und Jugendlichen vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie. Insbesondere das Zuhören und Sprechen über die Herausforderungen im Kontext der Corona-Pandemie seien jetzt noch wichtiger geworden. Vor allem in den Jugendzentren und in der aufsuchenden Jugendarbeit seien Präsenzangebote weiterhin wichtig, damit die Beziehungen zwischen den Kindern und Jugendlichen und den Hauptamtlichen bestehen bleiben, etwa durch Gespräche über den Zaun oder SpazierTalks. Die Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) hätten zudem sehr unterschiedliche Formen digitaler Begegnung und Aktivität entwickelt, auch wenn die bestehenden Datenschutzvorgaben mitunter hinderlich seien und sich die Jugendarbeiter*innen gezwungen sehen würden, sich in rechtliche Grauzonen zu begeben. Wichtig sei es in erster Linie Kinder und Jugendliche in diesen Zeiten nicht ausschließlich als Schüler*innen anzusehen, sondern als Menschen mit spezifischen Bedürfnissen und Bedarfen. Dazu leiste die OKJA einen elementaren Beitrag und müsse auch angesichts der zu erwartenden Einsparmaßnahmen in

den kommunalen Haushalten bestärkt und dauerhaft gesichert werden. Quelle: Mitteilung der Hochschule München vom 23.7.2020

AUSBILDUNG UND BERUF

Call for Papers „Partizipation in der Jugendarbeit – zwischen Politik und Anerkennung“. Die Redaktion der Fachzeitschrift „Soziale Arbeit“ lädt Autor*innen aus Wissenschaft und Praxis ein, sich am Doppelheft 2021 zum gleichnamigen Thema zu beteiligen. Kinder- und Jugendbeteiligung erlebt in den letzten Jahrzehnten einen großen Zuwachs an vielfältiger Praxis mit zahlreichen Programmen, Projekten und Best-Practice-Methoden. Dabei wird unter Partizipation in erster Linie die rechtlich verankerte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungen, die ihre Lebenswelt betreffen, verstanden. Das betrifft etwa die Ausgestaltung von Angeboten der Jugendarbeit oder auch die umfassende Partizipation junger Menschen in ihren sozialräumlichen und lebensweltlichen Zusammenhängen. Wir fragen wie es um die Partizipation in der Jugendarbeit heute steht? Wo wird sie umgesetzt und wo ist sie sichtbar? Welches Potenzial bietet sie? Wo fehlt es an partizipativen Zugängen und wo lassen sich Grenzen oder Widersprüche ausmachen? Dazu bitten wir zunächst um Abstracts im Umfang von 3000 bis 4000 Zeichen, die bis zum 4.10.2020 an redaktion@dzi.de geschickt werden können. Den vollständigen Call gibt es auf der Webseite des DZI unter <https://www.dzi.de/dzi-institut/verlag/soziale-arbeit/call-for-papers/>. Kontakt: pigorsch@dzi.de; brielmair@dzi.de

Forschungsethikkodex der DGSA. Im Rahmen ihrer 19. Mitgliederversammlung, die coronabedingt online durchgeführt wurde, verabschiedete die Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) neue forschungsethische Prinzipien und wissenschaftliche Standards für die Forschung der Sozialen Arbeit. Diese beziehen sich auf die Forschungsförderung und andere Rahmenbedingungen für die Forschung, auf die wissenschaftliche Praxis sowie auf die Rechte der beforschten Forschungsteilnehmer*innen, auf deren Partizipation an den Forschungsprozessen und auf die Modalitäten ihrer informierten Einwilligung. Eingegangen wird darüber hinaus auf den Nutzen der Forschung, auf den Umgang mit konfigierenden Interessen, auf Fragen der Fairness, auf den Datenschutz und auf Kriterien, die für eine mögliche Veröffentlichung von Forschungsergebnissen zu reflektieren seien. Die DGSA empfiehlt eine weitgehende Anonymisierung und Pseudonymisierung der erhobenen Daten und eine Orientierung an einer diversitätsbewussten, intersektionalen Perspektive. Der Forschungsethikkodex ist unter https://www.dgsa.de/fileadmin/Dokumente/Ueber_uns/Forschungsethikkodex_DGSA_abgestimmt.pdf abrufbar. Quelle: Mitteilung der DGSA vom 21.7.2020

Die Präsenzveranstaltungen finden vorbehaltlich der zum Veranstaltungstermin geltenden Corona-regelungen statt.

15.10.2020 München. NPO-Tag – Das Netzwerktreffen für den Dritten Sektor. Information: Förderverein Fach-information Sozialwesen e.V., Nachtigallenweg 64, 53115 Bonn, E-Mail: info@ffs-ev.org

16.10.2020 online. Treffen der Sektion Forschung der DGSA. Information: Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit e.V., Schlossstraße 23, 74372 Sersheim, Tel.: 070 42/39 48, E-Mail: geschaeftsstelle@dgsa.de

22.-23.10.2020 online. Digitalisierung und Soziale Arbeit – Transformation, Beharrungen und Herausforderungen. Information: FernUniversität in Hagen, Universitätsstraße 11, 58084 Hagen, Tel.: 023 31/987 2187, E-Mail: maik.wunder@fernuni-hagen.de

22.10.-23.10.2020 Wien (Österreich). „high noon?“ – Gewalt und Deeskalation in Sozial- und Gesundheitseinrichtungen. Information: Verein Pflegenetz, Baumeistergasse 32/5/1, 1160 Wien (Österreich), Tel.: +43 699/10 46 13 14, E-Mail: office@pflegenetz.at

29.10.2020 online. Gute sprachliche Bildung. Information: c/o DIPF | Bildungspolitisches Forum des Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation, Rostocker Straße 6, 60323 Frankfurt am Main, Tel.: 069/24 70 83 89, E-Mail: leibniz-bildungspotenziale@dipf.de

6.-7.11.2020 Münster. Migration und Beratung – Herausforderungen für die Integration in Bildung, Arbeit und Beruf. dvb-Jahrestagung. Information: Deutscher Verband für Bildung- und Berufsberatung e.V., Erich-Kästner-Weg 12, 58640 Iserlohn, Tel.: 023 71/791 80 12, E-Mail: kontakt@dvb-fachverband.de

7.11.2020 Frankfurt am Main. 8. Internationaler Kongress des Verbandes für Personenzentrierte Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie und Beratung (VPKJ). Information: VPKJ, Melatengürtel 127, 50825 Köln, Tel.: 0221/925 90 80, E-Mail: brandt@gwg-ev.org

8.-11.11.2020 Rimini (Italien). Promoting human relationships – bridging the future! Information: Social Work Education and Social Development, MV Congressi S.p.A., Via Marchesi 26 D, 43216 Parma (Italien), Tel.: +39 0521/29 01 91, E-Mail: swesd2020@mvcongressi.it

10.-11.11.2020 online. 59. DHS Fachkonferenz SUCHT, Suchhilfe – communal denken – gemeinsam handeln. Information: Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Westenwall 4, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/901 50, E-Mail: info@dhs.de

Umfrage zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Sozialwirtschaft. Um Unterstützungsbedarfe für politische und wirtschaftliche Weichenstellungen zu eruieren, hat die Bank für Sozialwirtschaft in Zusammenarbeit mit einigen Kooperationspartner*innen vom 15. Mai bis 15. Juni dieses Jahres eine bundesweite Befragung von rund 1 000 Akteur*innen der Sozialwirtschaft zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Sozial- und Gesundheitswesen realisiert. Wie die Erkenntnisse zeigten, lässt sich insgesamt eine große Unsicherheit der Träger*innen im Hinblick auf ihre zukünftige finanzielle Situation beobachten. So gingen rund zwei Drittel der befragten Institutionen von einem Rückgang ihrer Liquidität aus, da die Kompensation von Ertragsausfällen durch Schutzschirme nicht ausreiche und meist nur zirka 80 bis 95 % der Einnahmeausfälle ausgleiche. Besonders stark von Auslastungsschwierigkeiten betroffen seien die Tagespflege, die Kinder- und Jugendhilfe sowie die ambulante und stationäre Pflege. Auf die Digitalisierung habe sich die Corona-Situation beschleunigend ausgewirkt. Für die kompletten Ergebnisse siehe die Internetseite www.sozialbank.de/covid-19/umfrage.html. Quelle: Presseinformation der Bank für Sozialwirtschaft vom 16.7.2020

Jugendbefragung zur Attraktivität sozialer Berufe. Im Auftrag des Bundesjugendministeriums (BMFSFJ) realisierte das Sinus-Institut im Zeitraum vom 13. März bis 16. Juni dieses Jahres eine Online-Befragung von 2 015 Jugendlichen im Alter zwischen 14 bis 20 Jahren. Digitale Gespräche mit elf Fokusgruppen wurden insbesondere zur Frage nach der Attraktivität von sozialen Berufen geführt. Wie die Befragung ergab, können sich viele Jugendliche vorstellen, in der Kindertagesbetreuung (24 %) oder in der Pflege (21 %) zu arbeiten. Die Motivation hierfür liege vor allem in der mit entsprechenden Tätigkeiten in Verbindung gebrachten Sinnstiftung und Verantwortung, während die Bezahlung sowie die Weiterentwicklungs- und Karrierechancen als eher gering wahrgenommen würden. Im Großen und Ganzen werde die Arbeit in der Kindertagesbetreuung und der Pflege als anspruchsvoll und abwechslungsreich angesehen. Obwohl rund ein Viertel (Kita) beziehungsweise ein Fünftel (Pflege) der Befragten aktuell nicht an einer Tätigkeit in einem dieser beiden Bereiche interessiert sei, würden die Berufsfelder Soziales/Pädagogik von 44 % und Gesundheit/Pflege von 37 % der Befragten im Gesamten als interessant betrachtet. Mehr Informationen zu den Ergebnissen gibt es unter <https://www.bmfsfj.de/blob/158240/dddec08758972ec83d43f233d90fc8d7/20200607-sinus-jugendbefragung-data.pdf>. Quelle: Presseinformation des BMFSFJ vom 7.7.2020

Befragung zum Studium Sozialer Arbeit in Zeiten von Corona. Im Rahmen eines studentischen Forschungsprojekts am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule RheinMain in Wiesbaden befragten Studierende

der Sozialen Arbeit ihre Kommiliton*innen aus den Bachelorstudiengängen des Fachbereichs, wie sich die Corona-Pandemie auf das Studium und die eigene Lebenssituation auswirke. Insgesamt gebe es ein hohes Commitment der Studierenden zu den Maßnahmen zur Reduktion beziehungsweise Verlangsamung der Verbreitung des Coronavirus. Die Erhebung macht deutlich, dass sich im Zusammenhang mit COVID-19 die persönlichen Kontakte der Studierenden stark verringert haben. In Bezug auf die finanziellen Folgen ergab sich, dass gut ein Viertel der Befragten den Nebenjob verloren hatte und rund 16 % befürchteten, ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten zu können. Für knapp die Hälfte der Studierenden hatten die Corona-Maßnahmen negative Auswirkungen auf die körperliche und/oder psychische Befindlichkeit. Als Möglichkeiten zur Bewältigung der Probleme vorgeschlagen wurden unter anderem zusätzliche Angebote zum Studieren mit psychischer Belastung, mehr Unterstützung für Studierende mit Familie, eine Aufzeichnung der Vorlesungen und eine weitere Vereinheitlichung der Medien und Plattformen für die Lehre. Quelle: www.hs-rm.de/de/hochschule/aktuelles/page/2

Deutscher Kitaverband stellt Maßnahmen gegen Fachkräftemangel vor. Da viele Erzieher*innen zur Corona-Risikogruppe zählen und deshalb nicht im direkten Kontakt arbeiten können, hat sich das ohnehin schon gravierende Fachkräfteproblem in den Kindertagesstätten weiter verschärft. Um diesem Missstand entgegenzuwirken, erstellte die Arbeitsgruppe „Fachkräfte“ im Deutschen Kitaverband ein Positionspapier, in dem ein Maßnahmenpaket zur Behebung des Fachkräftemangels vorgeschlagen wird. Ratsam sei es, akademisch ausgebildete Kindheitspädagog*innen und pädagogisch weitergebildete Angehörige anderer Berufsfelder zu beschäftigen. Neben entsprechenden Programmen für Quereinsteiger*innen empfiehlt der Kitaverband eine praxisintegrierte Ausbildung, eine Eröffnung von Karrierewegen und eine Entbürokratisierung und Beschleunigung der Anerkennung inländischer und ausländischer Fachkräfte. Das Positionspapier ist auf der Website [www.deutscher-kitaverband.de](http://deutscher-kitaverband.de) einsehbar. Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Kitaverbands vom 14.7.2020